

Zunehmende Übergriffe auf Frauen
Am hellichten Tage

Von Birgit Kelle

Als Frau weiß man, welche Orte man besser meidet. Wir bekommen es schon als Mädchen von unseren Eltern in die weibliche DNA gepflanzt. Wie kommst du nach Hause nach der Party? Wer begleitet dich? Lauf nicht allein. Meide dunkle Ecken. Meide bestimmte Straßen. Heute gebe ich meiner 18jährigen lieber Geld für ein Taxi. Und im Selbstverteidigungskurs waren wir gemeinsam.

Ja sicher, Vergewaltigungen hat es auch schon gegeben, als ich 18 war. Ich kenne die Fakten. Der Unterschied zwischen damals und heute besteht darin, daß das Risiko heute neue Wege geht. Und es gibt neue Täterprofile. Es geschieht am hellichten Tage, und nicht abends auf dem einsamen Heimweg. Nicht in dunklen Ecken, sondern mitten in der Stadt. Es sind plötzlich Gruppen von Männern, die brutal zusammen über eine Frau herfallen.

Die Silvesternacht in Köln war nur ein Vorgeschmack, der nicht ernst genug genommen wurde. Die Dämme brechen. Die Skrupel auch. Allein schon die bayerische Statistik zeigt einen Anstieg der Vergewaltigungen um fast 50 Prozent. In der Gruppe der Migranten einen Anstieg der Täter um 90 Prozent. Würden wir über Verkehrsoffer sprechen, wäre längst Hektik ausgebrochen in der Politik. Präventionsmaßnahmen. Schutzmaßnahmen. Wann beginnt die Politik endlich, die Frauen im Land zu schützen?

Asylkrise

Staatsversagen ist würdelos

Von Jürgen Liminski

Das Schöne an Wahlkämpfen ist, daß selbst bei lauen Debatten ab und zu richtige Fragen gestellt werden. Erstes Beispiel: die Abschiebung von kriminellen Afghanen. Die Grünen sind dagegen, Afghanistan sei nicht sicher. Brennt es überall am Hindukusch? Und ist es die Pflicht Deutschlands, Kriminellen das Leben angenehm zu machen? Zweites Beispiel: Die in einem Schlepper-Lkw entdeckten und im Aufnahmehafen untergebrachten Iraker sind fast alle untergetaucht und die Polizei in Brandenburg wartet jetzt ab. Man faßt sich an den Kopf. Sollen sie als Kriminelle wieder auftauchen? Drittes Beispiel: Von den 17.000 „Muff“ (minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge), von denen jeder pro Monat rund 5.000 Euro kostet, dürften einige tausend nicht minderjährig sein. Das wäre leicht festzustellen, aber sofort wird das Argument der „Würde“ herangezogen. Ist die Suche nach Wahrheit würdelos?

Inzwischen verdoppelt sich die Zahl der Asylansprüche und damit verstetigen sich Aufenthalt und Kosten, von der Zunahme der Gewaltdelikte mal ganz abgesehen. Der Staat zeigt sich wehrlos, er lähmt sich selbst. Die persönliche Würde ist ein wichtiges Argument. Es darf aber nicht zur Aufgabe der Selbstachtung einer Gesellschaft führen. Die Mißachtung von Recht und Gesetz führt ins Chaos. Und das kennt keine Würde.

Unabhängigkeitsreferenden von Katalanen und Kurden

Im Zug der Zeit

Von Martin Schmidt

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist wieder ein großes Thema. Gerade in diesen Tagen, da sich die Katalanen anschicken, am 1. Oktober ein Referendum für die Trennung von Spanien abzuhalten und die Kurdenregierung im Nordirak für den 25. September eine Volksabstimmung zur Schaffung eines eigenen Staates plant. Beide Vorhaben haben entschiedene Gegner: die EU, die USA, die Türkei und vor allem die Regierungen in Madrid und Bagdad.

Die veröffentlichte Meinung stellt die Gefahr in den Vordergrund, solche Sezessionen würden die „Büchse der Pandora“ öffnen und Dominoeffekte in anderen multiethnischen Staaten heraufbeschwören. Zweifellos könnte ein katalanischer als auch ein kurdischer Nationalstaat schwerwiegende Konflikte nicht nur in den betroffenen Regionen zur Folge haben. Jedoch gilt dies gleichermaßen, wenn man den kämpferischen Nationalbewegungen dauerhaft das Recht auf Selbstbestimmung verweigern würde. Nicht zuletzt geht es bei den beiden komplexen Fragen um die grundsätzliche Haltung zu Mitwirkungsrechten von Bürgern und Völkern und um die Frage, ob dezentrale gegenüber zentralistischen Strukturen den Vorzug erhalten sollten. Nationale Unabhängigkeitsbestrebungen sind nicht anachronistisch, sondern liegen im „Zug der Zeit“. Die globale Realität sieht eben anders aus, als sie sich universalistische, postnationale und säkulare Brüsseler wie Berliner Ideologen erträumen.



Endlich spannende Straßenfeste und Großveranstaltungen mit Nervenkitzel

Revolution von oben

EU: Junckers Vorstoß eines „Euro für alle“ hebt die nationale Selbstbestimmung aus

Alternde Kommissionspräsidenten können gefährlich sein, denn sie haben keine Angst vor der Zukunft. Diese frei übersetzte Redewendung von George Bernard Shaw könnte auf Jean-Claude Juncker zutreffen, der in seiner Rede zur „Lage der Europäischen Union“ vergangene Woche seine wohl letzte Gelegenheit als EU-Kommissionspräsident nutzte, um die EU auf einen vertieften Integrationskurs zu bringen.

Seine zentrale Vision: die Einführung des Euro in allen Mitgliedstaaten. Bislang müssen alle Mitgliedstaaten von Rechts wegen den Euro einführen, die die sogenannten Konvergenzkriterien – vorrangig Preisniveaustabilität, Schuldenstand 60 Prozent und Haushaltsdefizit drei Prozent – erfüllen. Nur Dänemark und Großbritannien konnten eine dauerhafte Ausnahmeregel durchsetzen. De facto wird auch für Schweden der Nicht-Beitritt akzeptiert, denn 2003 stimmte die Bevölkerung gegen den Euro, den derzeit auch Polen, Ungarn und Tschechien nicht wollen.

Die Europäische Währungsunion war von Beginn an ein politisches Projekt. Nicht nur als Zugeständnis der deutschen Regierung insbesondere gegenüber Frankreich zur Erlangung der deutsch-deutschen Wiedervereinigung und der unumkehrbaren Einbindung Deutschlands, sondern vor allem als Integrationschub für die EU galt der Euro im Vertrag von Maastricht als Vehikel einer politischen Vision. Ökonomische Bedenken eines nicht optimalen Währungsraumes wurden beiseite geschoben. Damit war das Risiko verknüpft, bei einem Scheitern dieser Währungsunion zugleich auch eine gravierende Beschädigung des „Gemeinsamen Hauses Europa“ in Kauf nehmen zu müssen.

Die Banken- und Staatsschuldenkrisen haben die wirtschaftlichen und politischen Gefahren für einzelne Länder und für die Gemeinschaft als ganze offen zutage treten lassen. Zwar hat man versucht, durch die Nichtbestandsklausel, das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und das Gebot der Unabhängigkeit der EZB institutionelle Leitplanken zum Schutz der

Währung einzuziehen. Doch fehlte es an Glaubwürdigkeit. Die nachträglich errichteten Rettungsschirme, der Fiskalpakt, das neue gesamtwirtschaftliche Überwachungsverfahren sowie Frühwarnsysteme für übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte sind vage formuliert, lassen Spielräume und bleiben sanktionslos. Anstelle von Regelbindung ist ein Ad-hoc-Handeln getreten.

Die Einheitswährung ist deshalb in eine Sackgasse geraten, aus der heraus es nur zwei Lösungen gibt. Die eine heißt Währungsdesintegration: Zulässigkeit von Euro-Austritten, Einführung nationaler Währungen, Euro-Parallelwährung. Zugleich bliebe den Mitgliedstaaten ihre fiskalisch-nationale Unabhängigkeit erhalten.

VON DIRK MEYER

»Die Pointe: Als EU-Parlamentspräsident war Martin Schulz an dem Konzeptpapier des Juncker-Plans beteiligt.«



Die Alternative ist der „Euro für alle“. Dieser funktioniert allerdings nur, wenn gleichzeitig soziale und regionale Umverteilungsinstrumente errichtet werden. Bulgarien, Rumänien, Polen, Kroatien und Ungarn verfügen nur über ca. ein Drittel des Durchschnittseinkommens der Eurozone. Die Wirtschaftsstrukturen sind teils noch landwirtschaftlich geprägt. Einen erfolgversprechenden Euro-Beitritt aus eigener Kraft stellt selbst Juncker in Frage. Damit diese Länder keinen sofortigen Schiffbruch erleiden, will er ein „Vor-Beitrittsinstrument“ errichten, „das ihnen technische, manchmal auch finanzielle Heranführungshilfen bietet“. Damit benötigt der „Euro für alle“ eine Eintrittsprämie für unreife Mitgliedstaaten.

Wie die Krise der mediterranen Staaten gezeigt hat, machen unterschiedliche politische Kulturen (Reformwiderstände, Korruption) und ökonomisch-strukturelle

Divergenzen eine dauerhafte Alimentation notwendig, will man ein Scheitern des Euro vermeiden. Deshalb schlägt der Kommissionspräsident einen Europäischen Währungsfonds (EWF) vor, der schrittweise aus dem Euro-Krisenfondes ESM hervorgehen soll.

Seine Aufgaben: Krisenfondes bei Zahlungsunfähigkeit und Schlechtwetterfondes zur Bewältigung ökonomischer Schocks sowie Ungleichgewichte. Schließlich könnte der EWF zum Eurohaushalt mit Kreditfunktion als reguläres Transferinstrument ausgebaut werden – ausgestattet mit viel Geld und Bürgschaften der reicheren Nord-Staaten. Der EWF wäre das eigentliche Vehikel zur Vertiefung der EU und der Währungsunion. Das Brisante daran: Der EWF müsse „fest in unserer Europäischen Union verankert sein“.

Während der ESM auf völkerrechtlicher Basis an die Zustimmung des Bundesfinanzministers und dessen Legitimation durch den Bundestag gebunden ist, wäre der Fonds supranational auf Kommissionsebene angesiedelt und den nationalen Entscheidungsträgern entzogen – was einer Änderung des Grundgesetzes bedarf. Kredite könnten ohne Zustimmung des Bundestages vergeben werden. Ein Finanzminister für den Euroraum würde „alle EU-Finanzierungsinstrumente koordinieren“, spricht die Mittel verteilen. Aus der Kommission dringt der Gedanke, die Funktion des Finanzministers mit der Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik und der nationalen Haushaltsaufsicht des Währungskommissars in einer Art „Superkommissar“ zusammenzulegen. Der EU-Zentralismus wäre gestärkt, das (national-)demokratische Element ausgehebelt – Revolution von oben.

Die Pointe: Als EU-Parlamentspräsident war Martin Schulz an dem Fünf-Präsidenten-Bericht „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ als Konzeptpapier für den Juncker-Plan wesentlich beteiligt.

Prof. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Zitate

„Der linksliberale Abwehrreflex gegen staatliche Kontrolle hat das gesamte linke Spektrum im Verlaufe der letzten Jahrzehnte infiziert, was erklärt, daß ein Teil der traditionellen 'linken' Wählerschaft von den Grünen und der SPD, auch der Linkspartei in Deutschland, zur Wahlenthaltung oder zur Wahl der AfD tendiert. (...) Das gesamte aufwendige Asylverfahren wird zur Farce, wenn diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, geduldet werden oder ihre Abschiebung unterbleibt.“

Julian Nida-Rümelin, Philosoph und Ex-Chef der Grundwertekommission der SPD, im „Tagesspiegel“ vom 13. September 2017

„Auf Plakaten, im Fernsehduell: Schulz und Merkel erwecken den Anschein, sie stünden zur Wahl ins Kanzleramt. Das ist aber keineswegs so. (...) Bei einer Direktwahl durch die Bürger müßten die Parteien auf Einfluß verzichten (...) Weder gibt es heutzutage Weimarer Norverordnungen, noch fehlt es an Mitteln, einen derangierten Staatschef in seine Schranken zu weisen. Die Erfindung der Bundesversammlung war das Resultat eines abgrundtiefen Mißtrauens der Staatsgründer gegenüber dem eigenen Volk.“

Marcel Schütz, Soziologiedozent an der Uni Bielefeld, im Deutschlandradio Kultur am 13. September 2017

„Man muß kein Rechter sein, wenn man den Boden mag, auf dem man lebt und daran glauben möchte, daß sein Blut aus diesem Boden stammt.“

Michael Pils, Musikwissenschaftler, in der „Welt“ vom 15. September 2017

„Die Union, ohne die es keine Regierung geben dürfte, stellt lediglich 15 Milliarden Euro Nettoentlastung jährlich in Aussicht – weniger als die Hälfte des erwarteten Steuerzuwachses, den das Zusammenspiel von guter Wirtschaftslage und Inflation weiter wahrscheinlich macht. (...) Wollte man die Steuerquote auf dem Niveau von 2014 halten, dem Beginn der Legislaturperiode, müßten die Steuern um 40 Milliarden Euro jährlich sinken.“

Heike Göbel, Volkswirtin, auf „faz.net“ am 16. September 2017

„Wer in Afrika hungert oder keine Chance auf Frieden hat, kommt halt. Wer sagt denn, daß Deutschland den Deutschen gehört? Das ist ein Stück Land, das bewirtschaftet werden muß, damit die Menschen leben können. (...) Und wo nehmen wir dieses Geld her? Gerne von den Reichen. Gerne von mir.“

Eva Esche, Pfarrerin der Thomaskirche Köln, auf „Zeit Online“ am 17. September 2017

„Deutschland ist reich wie kaum ein anderes Land. So oder so ähnlich wird es nicht nur vom Bundeskanzleramt und dem Konrad-Adenauer-Haus der CDU weithin propagiert. In Teilen mag dies auch zutreffen. Doch wie sieht das ganze Bild aus? (...) Deutschland, das Land mit dem niedrigsten privaten Median-Haushaltsvermögen der EU, mit der (zweit)höchsten Steuer-/Abgabenquote der OECD-Staaten, mit einem der EU-weit geringsten Rentenniveaus, mit nicht oder nur wenig über der Preissteigerung liegenden Lohnzuwächsen.“

Ansgar Neubof, Rechtsanwalt und Steuerberater, auf dem Blog abgut.com am 18. September 2017

Aufgeschnappt

Schmiere am Geschmier

MATTHIAS BÄKERMANN

Im Leipziger Stadtteil Connewitz gibt es schon lange Zank um das Gewaltmonopol. Die linksextreme Szene beansprucht es jedenfalls für sich. Ein allzu provozierender Polizeiposten wurde deshalb mehrmals angegriffen, 2015 sogar völlig verwüstet. Und ganz selbstbewußt markieren die Kiezrevolverer mit ihren Symbolen das Revier, auch auf einer meterhohen Eingrenzung eines Basketballfeldes prangt in Riesenlettern „Antifa-Area“ als Graffiti, ergänzt durch die Losungen „No Nazis“ und „No Cops“.

Letztere empfand Polizeipräsident Bernd Merbitz (CDU) allerdings doch arg frech und ließ immerhin das „No Cops“ durch einen städtischen Reinigungstrupp grau übertünchen. Doch die Linken ließen nicht locker, und schwuppt stand die Polizeianfeindung gleich wieder da. Fünffmal ging in diesen Sommer das Spiel noch hin und her. Doch nun halten seit Ende August zwei Polizeibeamte Nacht für Nacht Wache vor dem farbenfrohen „Antifa-Area-Graffiti“. Diesen massiven Ressourceneinsatz von der Dresdner Morgenpost in Frage gestellt, konterte Polizeisprecher Andreas Loeplki am vergangenen Sonntag: Die Beamten seien keine Revierkräfte, sondern gehörten dem Spezialeinsatzzug für Geiselnahmen etc. an. Und die „müssen ihre Bereitschaft ja nicht unbedingt in der Kaserne verbringen...“

Bild der Woche

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht



Wer wird drittstärkste Partei?: Obwohl ein Sieg der Union als sicher gilt, wurde selten eine Bundestagswahl mit soviel Spannung erwartet. Am 24. September heißt es wählen gehen.

Lesereinspruch

Wider die drei Ks

Zu: „Sind so kleine Hände“ von Birgit Kelle (JF 38/17)

Man kann sich darüber streiten, ob es sich bei einem Embryo bis zur 12. Woche bereits um ein Baby handelt. Trotzdem sei von mir gesagt, daß keine Frau leichtfertig eine Abtreibung durchführen läßt. Wie viele Frauen sind dafür auf die Straße gegangen, wie viele Frauen sind bei illegalen Abtreibungen gestorben.

Als politische Frau möchte ich doch niemals nach den sogenannten drei großen Ks leben. Die Ärzte, die sich weigern, die Interruption durchzuführen, sind natürlich Männer. Sie hätten dann vielmehr ihre Weiterbildung als HNO- oder Augenärzte machen sollen. Nicht jede Frau, die vier oder mehr Kinder hat, kann ein selbstbestimmtes Leben führen. Da fehlt die Zeit, sich

auch mit anderen Dingen zu beschäftigen, es fehlt junge Freiheit! Vielleicht soll das ja doch noch einmal erwählt werden, wir Frauen können mehr als Kinder auf diesen ohnehin „überfüllten“ Planeten bringen. Ansonsten freue ich mich immer auf den Donnerstag, auf meine JUNGE FREIHEIT.

MARION GURR-PREDA, UNTERREICHENBACH



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/8649 53-14